

## Niederschrift

über die **2. Sitzung des Hauptausschusses** am Dienstag, den **01.03.2005** um **16.00 Uhr** im Sitzungssaal des Hauses **Burgstraße 8**.

Anwesend:	Dr. J. Korsten	Bürgermeister
	D. Busch	
	H. Enneper	
	E. Huckenbeck	
	R. Schäfer	
	R. Schulte	
	Dr. J. Weber	
	M. Grüterich	
	U. Hebrock	als Vertr. f. D. Stark
	T. Klee	
	H. Nahrgang	
	L. Witasek	
	K.-H. Fischer	
	Klaus Haselhoff	
	B. Rüggeberg	
Von der Verwaltung:	R. Meskendahl	
	U. Butz	
	G. Fenske	
	F. Nipken	
	R. Voß	
	A. Michaelis	Schriftführerin

### **Tagesordnung: (Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.11.2004 (Öffentlicher Teil)
2. Entwurf der Haushaltssatzung 2005  
Ausgaben für Fernmeldegebühren in den Jugendräumen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2005
3. Entwurf der Haushaltssatzung 2005  
Kostenpauschale des Oberbergischen Kreises nach dem Landespflegegesetz  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2005
4. Haushaltssatzung 2005, Haushaltssicherungskonzept 2005 – 2010
5. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald
6. Änderung der Hundesteuersatzung

7. Bürgeranregung  
hier: Eingabe der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP), vertreten durch Herrn Felix Staratschek, vom 01.10.2004
8. Mitteilungen und Fragen

**(Nichtöffentlicher Teil)**

9. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.11.2004  
(Nichtöffentlicher Teil)
10. Vertragsangelegenheiten
11. Vergaben: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
12. Niederschlagung von Forderungen
13. Mitteilungen und Fragen

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**1. Niederschrift über die 1. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.11.2004  
(öffentlicher Teil)**

---

Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**2. Entwurf der Haushaltssatzung 2005  
Ausgaben für Fernmeldegebühren in den Jugendräumen  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2005**

---

Frau Butz berichtet, dass die Fernmeldegebühren gesenkt werden konnten, da das Clubtelefon Auf der Brede wegen mangelnder Nutzung gekündigt wurde.

Eine genaue Aufschlüsselung der Fernmeldegebühren kann in der nächsten Ratssitzung vorgelegt werden.

**3. Entwurf der Haushaltssatzung 2005  
Kostenpauschale des Oberbergischen Kreises nach dem Landespflegegesetz  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2005**

---

Herr Enneper erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Die im Haushaltsplan unter der Haushaltsstelle 4000.1720.9 „Kostenpauschale nach § 17 Landespflegegesetz“ veranschlagte Erstattung des Kreises in Höhe von 13.000,-- € soll dem Trägerverein „Aktiv 55 plus“ zur Verfügung gestellt und die Aufgabe übertragen werden.



Der Vorsitzende lässt über den Antrag, 10.000,-- € zusätzlich für den Ausbau der Wander- und Radwege zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **14 Ja-Stimmen**  
**(6 CDU, 5 SPD, 2 UWG, 1 BM)**  
**1 Nein-Stimme (FDP)**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2005 und das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2005 – 2010 einschließlich des 1. Veränderungsnachweises (Stand 15.02. 2005) und der vorgenannten Änderungen bzw. Ergänzungen zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig**

#### **5. Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald**

---

Herr Meskendahl erläutert die vom Gesetzgeber vorgegebenen Änderungen, die in der Neufassung der Satzung eingearbeitet sind.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Neufassung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Radevormwald zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig**

#### **6. Änderung der Hundesteuersatzung**

---

Aufgrund verschiedener geänderter gesetzlicher Regelungen wurde diese Änderung der Hundesteuersatzung erforderlich.

Herr Rüggeberg fragt nach, ob auch Züchter bei Zwingerhaltung hundesteuerpflichtig sind.

Wer im Rahmen der Freizeitgestaltung Hunde züchtet, was nicht zur Einkommenserzielung dient, muss seinen Hund versteuern. Wer gewerblich züchtet, und seine Einnahmen versteuert und Werbungskosten absetzen kann, wird von der Hundesteuerpflicht befreit.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die 1. Änderung der Hundesteuersatzung zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt über die Änderungen abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig**

Somit ist die Änderung der Hundesteuersatzung angenommen.

## **7. Bürgeranregung**

**hier: Eingabe der Ökologisch Demokratischen Partei (ÖDP), vertreten durch Herrn Felix Staratschek, vom 01.10.2004**

---

Herr Rüggeberg bittet, den Antrag abzulehnen. Herr Enneper ist der Meinung, dass die bisherigen Beteiligungsrechte der Einwohner ausreichen und stellt den Antrag, die Bürgeranregung abzulehnen.

Herr Haselhoff spricht sich für den Antrag aus.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Herrn Enneper zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **13 Ja-Stimmen**  
**(6 CDU, 5 SPD, 1 FDP, 1 BM)**  
**2 Nein-Stimmen (UWG)**

Somit ist die Bürgeranregung abgelehnt.

## **8. Mitteilungen und Fragen**

---

Herr Rüggeberg erkundigt sich über die Maßnahme „Industriestadt Wülfig“ und bittet um Auskunft, wie es dazu kommen konnte, dass 160.000,-€ mehr als veranschlagt für die Dachsanierung benötigt werden.

Herr Meskendahl antwortet hierauf, dass die unerwarteten zusätzlichen Ausgaben auf nicht sichtbare Schäden am Dach zurückzuführen sind. Weitere Mehrkosten müssen für die Fassadenarbeiten aufgewendet werden, die sich ebenfalls aufwändiger als erwartet gestalten. Es ist mit insgesamt ca. 700.000,- € Mehrkosten zu rechnen. Bis zur Klärung der Angelegenheit mit dem planenden Ingenieurbüro werden zunächst weitere Ausschreibungen und Vergaben verschoben. Außerdem muss in Gesprächen mit der Bezirksregierung Köln geklärt werden, ob sie sich auch an den Mehrkosten mit einem Fördersatz von 80 % beteiligt. An der Gesamtsumme der Baukosten in Höhe von rd. 2,6 Mio € soll festgehalten werden. Die bisher bei verschiedenen Gewerken entstandenen Mehraufwendungen müssen anderweitig aufgefangen werden.

Das Haushaltsjahr 2004 ist, wie Herr Meskendahl bekannt gibt, mit einem Fehlbedarf von 5,8 Mio. Euro abgeschlossen worden, 2,2 Mio. Euro weniger als angenommen. Dies ist im wesentlichen auf Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen.

Herr Haselhoff fragt nach, ob der Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen nach Umwandlung des Freizeit- und Erholungsbades „aquafun“ in eine GmbH bestehen bleiben soll. Nach Meinung von Frau Hebrock sollte dieser Ausschuss nicht aufgelöst werden und sich zukünftig mit den Beteiligungen der Stadt beschäftigen. Herr Busch weist darauf hin, dass die Mitarbeitervertreter des „aquafun“ als Ausschussmitglieder abgerufen sind. Dies muss der Rat beschließen.